zu machen, noch bevor es so recht angefangen hat. Und wenn das Reichsbankdirektorium unfähig sein sollte, einen geeigneten Mann für den Posten Havensteins zu finden, so wird es immer Mittel und Wege geben, diese Unfähigkeit unschädlich zu machen.

Die erste Kabinettssitzung

Berlin, 1. Dezember. (Eig. Tel.) Die neue Reichsregierung ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Kabinettssitzung zusammengetreten, die sich mit den allgemeinen Richtlinien des Kabinetts befaßte. Die Vorstellung vor dem Reichstage dürfte am kommenden Dienstag in einer Vollsitzung stattfinden, über die der Aeltestenausschuß heute vormittag berät. Ueber die Besetzung der Staatssekretär- und anderer parlamentarischer Beamtenposten in den Reichsministerien ist bis zur Stunde noch nichts beschlossen.

Berlin, 1. Dezember. (Eig. Tel.) Der Staatssekretär der Reichskanzlei Kempkes wird sein Amt weiterführen. Dagegen wird ein Wechsel in der Leitung der Reichspressestelle eintreten. Reichskanzler Dr. Marx hat dem Posten eines Chefs der Reichspressestelle dem Verlagsdirektor der „Germania", Regierungsrat a. D. D. Spiecker, angeboten. Wahrscheinlich wird dieser dem Rufe Folge leisten.

*

Berlin, 1. Dezember. (Eig. Tel.) Es ist sehr viel davon die Rede gewesen, daß die Regierung Marx sich vom Reichstag ein „kleines Ermächtigungsgesetz" bewilligen lassen wolle, um für die Durchführung der finanziellen Pläne die nötigen Vollmachten zu raschem Handeln zu haben. Was es mit diesem kleinen Ermächtigungsgesetz für eine Bewandtnis haben soll, ist erkennbar. Es soll sich von dem großen Ermächtigungsgesetz dadurch unterscheiden, daß zu seiner Annahme nur eine einfache Mehrheit nötig wäre. In der Verfassung findet sich keine Grundlage für ein sogenanntes kleines Ermächtigungsgesetz. Der Reichstag kann durch ein verfassungsänderndes Gesetz auf einen Teil seiner Souveränität verzichten und die Regierung ermächtigen, im Verordnungswege Maßnahmen zu treffen, die nach der Verfassung den gesetzgebenden Körperschaften vorbehalten sind. Aber ein solches verfassungsänderndes Gesetz kann nur durch eine Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Sie ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen für die Regierung Marx im Reichstage nicht zu erreichen. Ein Ermächtigungsgesetz, wie es von der Großen Koalition dem Kabinett Stresemann bewilligt wurde, ist daher für das Kabinett Marx kaum erreichbar.

Zwei Schreiben an Stresemann

Berlin, 30. November. Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Stresemann nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ihrem Antrage, Sie angesichts der durch den Beschluß des Reichstags vom 23. d. M. gegebenen politischen Lage von Ihrem Amte als Reichskanzler zu entbinden, habe ich mit dem anliegenden Erlaß entsprochen. Ihnen bei diesem Anlaß namens des Reichs herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung für Ihre wertvolle und hervorragende Arbeit für unser Land und unser Volk auszusprechen, ist mir ein lebhaftes Bedürfnis. Sie haben in einer besonders ernsten Zeit die Bürde des Leiters der Reichsregierung und der deutschen Außenpolitik auf sich genommen; unter Verhältnissen, die an Staatskunst und Arbeitskraft die höchsten Anforderungen stellten, haben Sie in unermüdlicher Tätigkeit während Ihrer Amtsführung mit Ihrer reichen politischen Erfahrung und Befähigung alle Kraft daran gesetzt, den harten Druck von außen wie der hierdurch entstandenen Zwietracht und Not im Innern Herr zu werden. Daß Sie Ihre Mitarbeit als Reichsminister des Auswärtigen auch der neugebildeten Reichsregierung zur Verfügung gestellt haben, begrüße ich ganz besonders."

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel hat an Dr. Stresemann ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„In Ihrer letzten Reichstagsrede haben Sie in besonders warmer Weise der allgemeinen Teilnahme und der werktätigen Hilfe gedacht, welche alle Parteien und das ganze österreichische Volk den Notleidenden im Deutschen Reiche erwiesen haben und weiter erweisen. Wir sind uns dessen bewußt, daß unsere Hilfe im Hinblick auf die beschränkten Mittel unseres kleinen Staates leider nur in beschränktem Maße eintreten kann. Um so mehr freut es uns, daß unsere Intentionen nicht nur so wohl verstanden werden, sondern auch eine so ausdrückliche Anerkennung von leitender Stelle aus gefunden haben. Das deutsche Volk kann versichert sein, daß die Bevölkerung Oesterreichs in der Betätigung dieses Mitgefühls nicht erlahmen wird."

Die Spaltung der Volkspartei in Bayern

München, 1. Dezember. (Eig. Tel.). Die Deutsche Volkspartei in München hat sich nun gleichfalls, wie in Franken, gespalten. Eine gestern hier unter Vorsitz des Geh. Rates Sachs-Nürnberg abgehaltene Versammlung hat die Bildung einer Nationalliberalen Landespartei beschlossen, da sie die Linksentwicklung unter Stresemann nicht weiter mitzumachen gewillt ist. Es wurde ein vorläufiger Ausschuß bestellt, und noch im Laufe des Dezember wird Dr. Leni, der Vorsitzende der neuen Partei, in München in öffentlicher Versammlung ihr Programm entwickeln.

General Müller gegen unzulässige Verhaftungen

Dresden, 1. Dezember. (Eig. Tel.) Der militärische Befehlshaber hat neuerdings einen Befehl erlassen, nach dem die Truppenteile so schnell wie möglich die notwendigen Unterlagen über alle festgenommenen Zivilgefangenen an das Wehrkreiskommando gelangen lassen müssen. Wenn innerhalb von vier Tagen keine Unterlagen dieser Art eingehen, werden die Verhafteten ohne weiteres auf freien Fuß gesetzt. In den Fällen, in denen die Schutzhaft vom Militärbefehlshaber gebilligt wird, ist es die Aufgabe des Regierungskommissars, nach der Vernehmung auf Aufhebung der Schutzhaft hinzuwirken. Er hat in zahlreichen Fällen die Freilassung Festgenommener erreicht. Etwaige Fälle von Mißhandlungen werden sofort dem Militärbefehlshaber übergeben, der strenge Untersuchung der Beschwerden und Bestrafung der Schuldigen angeordnet hat.

Zehnstündige Arbeitszeit der Beamten

Berlin, 1. Dezember. (Eig. Tel.) Wir wir erfahren, wird der Reichsminister des Innern schnellstens eine Verordnung vorbereiten und dem Kabinett zur Beschlußfassung vorlegen, in der die Arbeitszeit der Beamten einschließlich der Pausen auf zehn Stunden täglich festgesetzt wird.

*

Die Spitzenorganisationen der Beamten haben in einer gemeinsamen Eingabe an sämtliche Fraktionen des Reichstages entschieden Verwahrung eingelegt gegen die von der Regierung gewählte Methode des Personalabbaus. Als Voraussetzung des an sich gerechtfertigten Zieles wird die Herabdrückung der Generalunkosten bezeichnet.

Essen, 30. November. Die führenden Vertreter des Gewerkschaftsringes haben zu der stark umstrittenen Frage der Beseitigung des Achtstundentages eingehend Stellung genommen. Sie sind durchaus einverstanden, daß die Steigerung der Produktion die wesentlichste Voraussetzung für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft ist, nicht aber, daß diese Produktionssteigerung nur durch Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden könnte. Es werde daher grundsätzlich am Achtstundentag festgehalten, nicht aber an seiner schematischen Anwendung. Die Führerschaft des Ringes sei sich mit der gesamten Mitgliedschaft darin einig, daß im Rahmen des Vorgesagten alle Opfer gebracht werden, um die Notlage von Land und Volk zu lindern. Diese Opfer zu bringen, würden die Arbeitnehmer so lange ablehnen müssen, wie sie berechtigterweise die Auffassung haben könnten, daß der Nutzerfolg einer Produktionssteigerung nicht der Volksgesamtheit zugute käme. Voraussetzung sei infolgedessen, daß den Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben werde, an der Gestaltung der Wirtschaft und des Staates positiv als Vertreter der Arbeitskraft mitzuwirken.

Gegen Wucher und Preistreiberei

Im Reichstag hat der demokratische Abgeordnete Delius mit Unterstützung seiner Fraktion folgende Interpellation eingebracht:

„Für viele wichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs sind die Preise, in Gold umgerechnet, auf ein Mehrfaches gestiegen. Löhne, Gehälter und Unterstützungen folgen nur in tiefem Abstand. Weite Kreise der Bevölkerung können nicht mehr ausreichende tägliche Nahrung, weitste Kreise nicht mehr Kleidung und anderen Bedarf beschaffen. Wucher und Preistreiberei zerfressen den inneren Zusammenhalt des Volkes. Dabei ist der ehrbare Großhandel kaum in der Lage, Ware nachzuschaffen, der Einzelhandel, zwischen der Forderung nach Goldzahlung auch für reine Inlandsware und den Mangel an wertbeständigem Geld eingepreßt, in Gefahr der Existenzvernichtung. So notwendig bis zur Wiederkehr geordneter Geldverhältnisse eine gewisse Risikosicherung sein mag so werden unter diesem Titel vielfach offenbar ganz unberechtigte Aufschläge genommen, die z. B. für Brot und Fleisch zu unerträglichen Spannungen führen. Diese weit über die Geldentwertung hinausgehende Teuerung führt auf dem Gebiete der Grundlohn- und Gehaltsfestsetzung auch zu ernsten Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeit.

Ist die Reichsregierung bereit, diesen Mißständen neben möglichst wirtschaftlicher Gestaltung der Gütererzeugung insbesondere auch dadurch entgegenzutreten, daß

1. beschleunigte Zufuhr genügend wertbeständige Zahlungsmittel an Lohn- und Gehaltsempfänger, Handel und Verkehr im ganzen Reiche zuführt,

2. die Wechselkurse der wahren Sachlage entsprechend bemessen werden und die Politik der Banken stärker auf volkswirtschaftliche Bedürfnisse eingestellt wird,

3. öffentliche Feststellung und Mitteilung offenbar übertriebener Preisspannungen und schärfste Bekämpfung unberechtigter Risikozuschläge erfolgt,

4. auf Kartelle und Fachverbände dahin eingewirkt wird, daß in Lieferungs- und Zahlungsbedingungen auf die Bedürfnisse der beteiligten Erwerbs- und Verbraucherkreise größere Rücksicht genommen wird?"

Die Vermittlung im Aerztestreik gescheitert

Dresden, 1. Dezember. (Eig. Tel.) Das Ministerium des Innern und das Arbeitsministerium teilen heute durch das Staatsministerium mit, daß alle Verhandlungen in dem Aerztestreik mit den jeweiligen Spitzenverbänden gescheitert seien. Man bemühe sich aber nach wie vor, auch mit dem Reichsarbeitsministerium baldigst zu einer Einigung zu kommen.

Kleine politische Nachrichten

Von der chilenischen Dichterin Gabriele Mistral ist in mexikanischen Schulen für die notleidenden deutschen Kinder eine Sammlung veranstaltet worden, deren Ergebnis von 1 317,86 amerikanischen Dollar seiner Bestimmung zugeführt worden ist. — Für den gleichen Zweck haben Kaufmann Stellmann in Triest 200 italienische Lire und James Fluegel in Baltimore 500 Millionen Mark gestiftet.

Eine programmatische Rede des Staatssekretärs Hughes

London, 1. Dezember. (Eig. Tel.) Auf der in Philadelphia von der „Akademie für Staatswissenschaften" abgehaltenen Jahrhundertfeier der Erklärung der Monroe-Doktrin hielt Staatssekretär Hughes eine Rede, die als Auftakt einer neuen amerikanischen Friedenspolitik für Europa betrachtet werden muß.

Hughes ging in seiner Rede davon aus, daß die Vereinigten Staaten seit ihrem mit dem Krieg gegen Spanien vollzogenen Eintritt in die Weltpolitik konsequent den Grundsatz verfolgt hätten, den die Erklärung von Monroe bestimmt habe: die Herstellung von Sicherheit und Frieden für den amerikanischen Kontinent. Zur europäischen Lage übergehend, erklärte Hughes wörtlich: „Wir sind aus dem Krieg hervorgegangen mit denselben allgemeinen politischen Zielen, die wir verfolgten, bevor wir in den Krieg eintraten. Obwohl wir Sieger waren, haben wir weder Landzuwachs noch allgemeine Reparationen verlangt. Unser Volk trägt seine eigenen Lasten und zu einem großen Teil die Lasten der andern. Trotzdem sind wir nicht geneigt, Europa unseren Willen zu diktieren oder irgendein anderes Land seiner Rechte zu berauben. Wir wünschen Frieden und wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa. Wir haben unsere Truppen im Interesse der Freiheit zur Verfügung gestellt, um die Gefahren einer selbstherrlichen Uebermacht zu zerstören, aber niemals zu dem Zweck, einen Besiegten wirtschaftlich zu unterjochen. Wir haben tiefstes Mitgefühl mit dem französischen Volk, und wir haben den Wunsch, mit ihm unsere alte Freundschaft zu pflegen. Wir wünschen, es wohlhabend und gesichert zu sehen, nachdem seine Wunden geheilt und seine gerechten Ansprüche befriedigt sind. Wir wünschen aber auch ein geeinigtes und reiches Deutschland zu sehen mit einem Willen zum Frieden, bereit, Entschädigung zu leisten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit, das dann jedoch auch eine entsprechende Belohnung erführe für seine Arbeitsamkeit und Tüchtigkeit. Wir wünschen eine Beendigung der Rüstungsbestrebungen zu sehen und eine Erleichterung der gegenseitigen Lasten für unproduktive Ausgaben. Wir wünschen, daß die Flammen des Völkerhasses gelöscht werden. Wegen dieser Forderung haben wir erst neulich erklärt, wir hegten die Hoffnung, daß man eine Lösung der gegenwärtigen ernsten Probleme suchen werde in einer unparteiischen und umfassenden Untersuchung, an der alle Interessenten teilnehmen könnten und die dazu bestimmt wäre, Mittel zu finden, durch die alle jenen produktiven Fähigkeiten wiederhergestellt würden, aus deren Ertrag Reparationen gezahlt werden könnten und zugleich eine Gelegenheit zu schaffen für die Wiederherstellung jener Zufriedenheit und jener freundschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Völkern, durch die Friede und Sicherheit gewährleistet werden."

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Hughes dann noch, daß Nordamerika sich nie auf ein Bündnis mit einer europäischen Macht einlassen werde, da die Vereinigten Staaten entschlossen seien, Gleichberechtigung mit allen Alliierten in allen Mandatsgebieten zu erlangen. Auf dem amerikanischen Kontinent träten sie für die völkerrechtliche Gleichberechtigung aller amerikanischen Republiken ein und für die territoriale Integrität aller lateinamerikanischen Völker. Die Vereinigten Staaten würden jede aggressive Politik einer südamerikanischen Republik gegen eine andere bekämpfen und alle Abrüstungsbestrebungen fördern.

Frankreich befiehlt und England gehorcht

Köln, 30. November. (Eig. Tel.) Die „Kölnische Zeitung" teilt in ihrer heutigen Abendausgabe ohne nähere Begründung mit, daß sie auf Verfügung der interalliierten Rheinlandkommission ihr Erscheinen vorläufig einstellen müsse. Die Einstellung scheint übrigens freiwillig erfolgt zu sein, um den deutschen Behörden keine Schwierigkeiten zu bereiten und aus einer gewissen Rücksicht auf die peinliche Lage der englischen Behörden. Bekanntlich ist die „Kölnische Zeitung" vom französischen und belgischen Oberdelegierten ohne Beteiligung des englischen Oberdelegierten mit Wirkung vom 6. September auf drei Monate verboten worden. Das Verbot läuft also formell am 6. Dezember ab. Bisher konnte aber die „Kölnische Zeitung" in der englischen Zone ungehindert erscheinen, da die Franzosen seit dem 11. Januar, dem Tage des Einmarsches in das Ruhrgebiet, nicht auf Durchführung der Beschlüsse der Rheinlandkommission in der englischen Zone bestanden. Nachdem nun aber der passive Widerstand aufgehört hat, stellten sich die Franzosen auf den Standpunkt, daß ihre Verordnungen auch in der englischen Zone zur Durchführung gelangen müßten. Die erste Auswirkung dieses Standpunktes zeigt sich in dem Verbot der „Kölnischen Zeitung", von der verlangt wurde, daß sie sich nunmehr dem Verbot ihres Erscheinens auch in der Kölner Zone unterwerfe; darüber hinaus wurde vom Kölner Regierungspräsidenten verlangt, daß er die „Kölnische Zeitung" unterdrücken solle, wenn sie sich dem Verbot nicht füge.

Damit ist ein Präzedenzfall geschaffen, kraft dessen die Rheinlandkommission jede beliebige, bisher zurückgehaltene Maßnahme gegen Personen oder Betriebe der Kölner Zone durchsetzen kann. Praktisch bedeutet der Fall der „Kölnischen Zeitung" ein Zurückweichen der englischen Besatzungsbehörde von dem bisher eingenommenen Standpunkt.

*

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt dazu: Die Vorgänge, die zu dieser Ankündigung geführt haben, lassen die unmöglichen Zustände im besetzten Gebiet erkennen. Anfang September, also noch in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet, beschloß die Rheinlandkommission gegen die Stimme des englischen Oberkommissars ein dreimonatiges Verbot der „Kölnischen Zeitung", das in der französisch-belgischen Zone vom 6. September ab durchgeführt wurde, in der englischen Zone dagegen unberücksichtigt blieb. Die Weigerung der Engländer, das Verbot in ihrem Bezirke durchzuführen, ist den Franzosen offenbar von Anfang an sehr schmerzlich gewesen. Jedenfalls haben sie sich große Mühe gegeben, ihrem Beschluß auch im englischen Gebiet Respekt zu verschaffen. Es war klar, daß die kölnische Besatzungsbehörde, an die sich die Rheinlandkommission gewandt hatte, die französische Auffassung unmöglich teilen konnte. Tatsächlich ist auch, soweit bekannt wurde, von ihr ein Befehl an die „Kölnische Zeitung" zur Befolgung des Verbotes nicht ergangen. Indessen wurde der Druck, den die Rheinlandkommission auf verschiedentliche Weise ausübte, um ihr Verbot durchzusetzen, schließlich so stark, daß die „Kölnische Zeitung" sich entschließen mußte, von heute ab nicht mehr zu erscheinen. Da die drei Monate, für welche Zeit das Verbot ergangen war, am 6. Dezember abläuft, so wird man sehr bald sehen, wie sich die Franzosen der „Kölnischen Zeitung" gegenüber weiter verhalten.

Der verfaulende Separatismus

Frankfurt a. M., 1. Dezember. (Eig. Tel.) Wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" in Koblenz aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist Matthes, der Führer der Sonderbündler im Koblenzer Schloß vorgestern auf Veranlassung der französischen Behörden durch die Schloßwache gezwungen worden, seiner Stellung als „Chef der provisorischen Regierung" zu entsagen. Außerdem wurden zwei sogenannte „Minister" verhaftet. Viele von den Sonderbündlern ziehen sich bereits zurück, da die Unterstützung der Franzosen, die 10 Franken im Tag betrug, auszubleiben beginnt.

Mussolini zur Anerkennung der Sowjetregierung bereit

Rom, 30. November. (Eig. Tel.) Bei der heutigen Diskussion über das provisorische italienisch-deutsche Handelsabkommen gab Mussolini in der Kammer eine Erklärung über die Anknüpfung von Beziehungen zu Rußland ab. Er sagte u. a.: „Unsere Beziehungen zu Rußland sind ausgezeichnet. Kein anderes Land hat der italienischen Regierung ein solches Verständnis entgegengebracht wie das bolschewistische. Ich bin der Ansicht, daß für die Ausgestaltung unserer Beziehungen ein Botschafter mit allen Rechten und Pflichten besser wäre, als ein einfacher Wirtschaftsvertreter. Die italienische Regierung sieht keine Schwierigkeiten darin, die Sowjetregierung anzuerkennen, und ich besitze die notwendige politische Ungebundenheit, um Rußland heute zu sagen: Ich gebe Euch meine Anerkennung. Ihr aber gebt mir dafür einen guten Handelsvertrag!" (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Eine Stimme aus unserem Leserkreis

Aus der Ueberfülle von Zuschriften, mit denen unsere Leser ihr reges Interesse an der Entwicklung der deutschen Lage bekunden, erscheint uns die hier folgende besonders charakteristisch für die durch den Verlauf der Krise, die vor allem eine Parlaments- und Parteienkrise war, hervorgerufenen Stimmungen.

In der Politik ist der schlimmste Entschluß, keinen Entschluß zu fassen. Die Wahrheit dieses Wortes von Lamartine zeigt sich so recht, wenn man als abseits stehender Beobachter die politischen Vorgänge betrachtet, die sich jetzt in Berlin abspielen und abgespielt haben. Entschlußlosigkeit — das ist das Merkmal unserer Zeit überhaupt und ist es auch bei denen, die sich unsere Führer nennen. Geredet wird viel und immer wieder geredet, aber nicht weil man Gedanken zu verbergen hat, sondern weil man keine zu haben scheint.

Und so ist es denn auch kein Wunder, daß das parlamentarische System nicht Wurzel fassen kann in der Masse des Volkes, daß diese mit seinen Ideen nicht innerlich verwachsen kann. Wenn dieses System tagtäglich vor den Augen des Volkes diskreditiert wird — woher soll dann der Glaube an seine Tragkraft kommen?!

Die schlimmste Wirkung dieser Entschlußlosigkeit unserer Führung, dieses Mangels an Tatkraft ist jedoch die, daß das Vertrauen des Volkes zu diesen Führern vollkommen schwindet, soweit es überhaupt noch vorhanden war. In diesem Vertrauen aber, einem Vertrauen, das mit dem Führer durch dick und dünn geht und auch einmal auf berechtigte Kritik an dem Führer verzichtet, wenn es sich um das große Ganze handelt, liegt die gesamte politische Stoßkraft eines Volkes; wo dieses Vertrauen vorhanden ist, wo es zur Tradition geworden ist, da allein und nur da kann man von einem politischen Volk sprechen. Dieses Vertrauen aber muß dem Volke anerzogen werden, so wie es ihm in England anerzogen worden ist, es darf ihm nicht ausgetrieben werden, wie man es jetzt bei uns tut, wenn man das Volk zurückstößt in politische Eigenbrödelei und Stammtischgewäsch.

Das Volk ist der Schlagwörter über geworden; es will wieder Taten sehen. Dem Führer aber, der sich über die Schlagwörter seiner Zeit hinwegsetzen kann, der vor allen Dingen befehlen kann und zwar in einer Art, die das Gehorchen nicht zu einem Zwang, sondern zu einer stolzen und freien Gewohnheit macht (wie es bei Spengler heißt), wird das Volk schließlich doch folgen und nur diesem. Diese Wahrheit werden die politischen Parteien bald bitter spüren müssen, die alte Wahrheit, daß die Masse nicht dem Programm, sondern nur dem Willens- und Tatmenschen folgt, der sie mit sich fortreißt. Und daß dieser Führer in Deutschland kommen wird, der uns, vor allem die Jugend, mit sich fortreißt, der den Staat wieder zu dem macht, was er einst war: der suprema potestas, ihn frei macht von der Herrschaft eines egoistischen Klüngels — das ist die Hoffnung des jungen Deutschland, ob es nun links oder rechts steht!

Dr. R. A.